



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.  
1886-1916  
1886**

275 (23.11.1886) 2. Blatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-5178](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-5178)

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung.

Abonnement: 50 Pfg. monatlich, Bringerlohn 10 Pfg. monatlich...

Mannheimer Volksblatt.

Erscheint täglich. Sonn- und Festtage ausgenommen.

Mannheimer Handels-Zeitung.

Inserate: Die Zeitungs-Zeile 20 Pfg. Die Reklam-Zeile 40 Pfg. Einzel-Nummern 3 Pfg. Doppel-Nummern 5 Pfg.

Hr. Die Wählerversammlung der Centrumpartei im XI. badischen Reichstagswahlkreise Mannheim-Weinheim-Schwetzingen.

Die von uns schon früher angekündigte große Wählerversammlung der Centrumpartei fand gestern Sonntag, den 21. November, Nachmittags im Saale des „Babner Hof“ in Mannheim statt.

Herr Landgerichtsrath Frhr. v. Buol eröffnete die Versammlung mit einigen an dieselbe gerichteten Worten des Dankes dafür, daß der Einladung in so erfreulicher Weise Folge gegeben worden sei.

Herr Dr. Fischer leitete die Verhandlungen damit ein, daß er einen kurzen Rückblick auf die bisherige Thätigkeit der Centrumpartei im XI. badischen Reichstagswahlkreise warf und die Gründe beleuchtete, durch welche sie bestimmt worden sei, selbstständig in den Wahlkampf einzutreten.

Herr Dr. Fischer erklärte schließlich, daß eine Diskussion in der Versammlung ausgeschlossen, daß aber der Candidat der Partei bereit und erdödig sei, auf jede an ihn ergehende sachliche Anfrage Bescheid und Antwort zu geben.

Er ertheilte sodann demselben, Herrn Landgerichtsrath Freiherrn von Buol das Wort.

Herr von Buol mit lebhaftem Beifall empfing: Meine Herren! Wenn ich die Candidatur des Wahlkreises Mannheim-Weinheim-Schwetzingen trotz einiger Bedenken, die sich mir zu Anfang aufgedrungen, angenommen habe, so geschah dies in der Freude über den Parteibeschluß, daß die Centrumpartei in unserem Wahlkreise sich auf eigene Füße stellen, ihre eigenen Wege gehen müsse.

sichtlich der Erfolge und abgesehen von den Erfolgen, die das Centrum auf dem kirchenpolitischen Gebiete errungen hat, Erfolge, die lediglich den Wählern von der Nordsee bis zum Bodensee zu verdanken sind, angesichts dieser Erfolge war und ist es gerechtfertigt und geboten, einen eigenen Candidaten in diesem Wahlkreise aufzustellen, und es ist mit Freude zu begrüßen, daß unsere Gesinnungsgenossen sich unter einer Fahne gesammelt haben, um hinauszugehen in den Wahlkampf.

Wenn ich nun gleich von der Anlehnung unserer Partei spreche, so möchte ich darauf hinweisen, daß von einer Anlehnung an die sozialdemokratische Partei nie die Rede sein kann und nie sein konnte; denn die Forderungen, wie sie in dem heute Vormittag verbreiteten Flugblatte der sozialdemokratischen Partei niedergelegt sind, und die sich, wie ich zugeben muß, in bestimmten Grenzen halten, erachten wir für praktisch undurchführbar, denn sie widersprechen den Grundsätzen der menschlichen Natur und vor Allem den Grundsätzen der christlichen Religion.

Was nun die nationalliberale Partei betrifft, so hat der Herr Reichstagsabgeordnete Dr. Bärklin von Neustadt in der öffentlichen nationalliberalen Wählerversammlung unter Anderem erklärt, er halte die Candidatur des Herrn Commerzienrathes und Handelskammerpräsidenten Diffens für eine geradezu prädestinirte, und er würde für Herrn Diffens stimmen auch wenn dieser ein Demokrat oder Conservativer wäre.

Auch hinsichtlich des conservativen Candidaten will ich mir ein kurzes Wort erlauben, dem gegenüber man uns in durchaus ungeredfertigter Weise die Aufstellung unserer Candidatur zum Vornurth macht. Ich habe hierauf zu erwidern: Erstens waren wir zuerst auf dem Plan und dann gibt sich der Herr Vertreter der Bauern- und Handwerkervereine doch nur als Hauptvertreter der Interessen dieser Kreise, während der Centrumswähler doch noch eine ganze Reihe anderer Forderungen hat, die er auch vertreten haben will, und dann glaube ich nachweisen zu können, daß die Landwirtschaft und der kleine Handwerkerstand durch unsere Partei viel wärmer vertreten würden, als durch die conservative Partei, die conservative Partei wird in Zukunft für diese beiden Stände nicht mehr thun können, als wir bereits gethan haben.

Nun aber sind sie gekommen, das politische Programm meiner Person anzuhören. Ja, soll ich Ihnen damit anfangen, daß ich festsetze zu Kaiser und Reich; das habe ich nicht nöthig; ich bin kein Partikularist und erkläre ganz gerne, daß ich die Regelung der kirchenpolitischen Frage gerne der Zuständigkeit des Reiches überlassen würde. Jemand aber, der treu der Kirche ist, ist auch Treue dem Staate schuldig, deshalb ist es auch überflüssig, die Treue zu Kaiser und Reich zu betonen und über die Verdächtigungen hebt man sich mit gutem Gewissen und mit Leichtfertigkeit hinweg. — Ich will Ihnen gar nichts ausmalen, sondern werde mich lediglich auf den Boden der Thatfachen stellen und Ihnen in gedrängter Kürze zu berichten versuchen, was das Centrum und zum Theil auch ich in den letzten drei Jahren gethan haben und Ihnen steht es dann zu, ob ich recht gethan habe und Schlüsse zu ziehen, wie ich in Zukunft zu handeln haben werde.

Was die Landwirtschaft betrifft, so ist ja allgemeyn anerkannt, daß die Lage derselben eine sehr schlimme ist. Nur muß ich mich hierbei wundern, daß gerade diejenigen Herren, welche die von anderen Parteien gemachten, zur Abhilfe geeigneten Vorschläge verwarfen, obwohl sie die schlimme Lage der Landwirtschaft kannten.

Es herrscht allenthalben die Ansicht, daß das Zurückgehen der Landwirtschaft in der mislichen Lage zu suchen sei, in dem Umstande, daß der Landwirth seine Erzeugnisse nicht mehr oder doch mindestens nicht mehr preis-

würdig verkaufen könne, daß er keinen Absatz finde und sein Getreide vielfach auf dem Speicher verfaulen lassen müsse; um diesem Uebelstande vorzubeugen, hat man eine Schutzwehr gegen die ausländische Concurrenz in Form der Schutzzölle geschaffen. Die übrigen Klagen kommen ja nicht alle vor den Reichstag und hier müssen die Mittel zur Abhilfe auf dem Gebiete der Selbsthilfe und in den Landtagen gesucht und gefunden werden. Nun hören wir, daß die Fleisch- und Holzölle u. s. w. dem kleinen Manne das Brod verteuern. Ich aber behaupte, daß Niemand in der Lage ist, nachzuweisen, daß in der That auch nur in dem mindesten Maße eine Vertheuerung des Brodes eingetroffen ist; denn zum ersten wäre es überhaupt nothwendig, daß das Getreide theurer würde; das ist aber bis jetzt nicht der Fall. Der Landmann hat wenigstens für seine Produkte einen Absatz; ich wenigstens habe bis jetzt wohl keinen Fall gehört, daß der Bauersmann sein Getreide auf dem Speicher verschimmeln lassen muß. Wir haben aber auch ferner noch nicht gehört, daß der Preis des Brodes heruntergegangen ist; aber wenn auch das Brod um einen minimalen Betrag um ca. 1/2-1/3 Pfennig aufgeschlagen hat, dann glaube ich, muß der Grundhag hier sich Geltung verschaffen: „Leben und leben lassen“; es muß hier der Grundhag der christlichen Nächstenliebe Platz greifen. Der Sag, daß der Arbeiter da am glücklichsten und wohlsten sich befindet, wo es am billigsten ist, dieser Sag ist jedoch unwahr. Warum ziehen denn alle Arbeiter hierher, nach Berlin und den anderen großen deutschen Städten, ganz einfach deshalb, weil dort der Verdienst ein größerer ist. Was haben nun die Nationalliberalen für die Landwirtschaft gethan. Von den 47 oder 48 Mitgliedern der Fraktion haben 24 für, 24 gegen die Einführung der Schutzzölle gestimmt, also so, als ob sie gar nicht vorhanden gewesen wären. (Heiterkeit.)

Auch der Gewerbekammern Mannheimer sagt und es ist nicht zu bestreiten, daß ein entschiedener Rückgang des Klein-gewerbes zu bemerken ist. Der Herr Handelskammerpräsident hat in der letzten nationalliberalen Wähler-versammlung im Saalbau bei der Verhandlung der Handwerkerfrage ungefähr folgendes gesagt: „Die bedauerndwerthe Lage des Klein-gewerbes ist entstanden durch die Concurrenz der Großindustrie. Augenscheinlich ist, daß bei Maschinenarbeiten die Handarbeit nicht mit der Maschinenarbeit in Wettbetrieb treten kann. Das Klein-gewerbe muß sich deshalb jenen Feldern zuwenden, auf denen die individuelle Geschicklichkeit den Ausschlag gibt. Diese Aenderung wird sich allerdings nicht ganz leicht vollziehen, aber es ist doch nicht unmöglich, in einer Zeit, welche große Anforderungen an gewisse Formenschnitzerei stellt. Das Gebiet des Kunstgewerbes ist die Domäne des Klein-gewerbes. Ein wichtiger Faktor, der eine neue Aera der Prosperität für das Klein-gewerbe herbeizuführen geeignet scheint, liegt vielleicht in der erhöhten Ausnutzung der Electricität. Das Kunstgewerbe unserer Tage hat ja angeknüpft an die besten Traditionen unserer nationalen Produktion. Wir müssen Alles aufbieten, um diesen Weg gangbar zu machen. In dieser Beziehung kann auch die Bildung von Innungen, sofern diese sich nicht als Zwang hinstellen, sondern auf der Erkenntnis beruhen, daß sie zu erlangenden Vortheile beruhen, gebilligt werden.“

Also es wird anerkannt, daß die Lage des Handwerkerstandes eine höchst misliche ist, allein als einziges Auskunfts-mittel wird empfohlen, das Kunsthandwerk zu pflegen. Also merkt es Euch, Ihr Metzger, Bäcker, Schuhmacher u., verlegt Euch auf die Pflege des Kunsthandwerks! — Die Innungen sind nicht für das Kunsthandwerk, sondern in aller letzter Reihe für die Gewerbe, die sich im Kunsthandwerke auszeichnen können. Aber auch die Kunsthandwerke und die Gewerbe, die noch keine Concurrenz haben, haben ein sehr großes Interesse daran, sich zu Innungen zusammenschließen, damit die einzelnen Handwerker nicht mehr als einzelne Atome, sondern als geschlossenes Ganzes dastehen, als gegliederte und organisirte Volkstlasse, welche gegen den Anarchismus und die Sozialdemokratie einen wirksamen Schutzdamm bilden. (Bravo.) Es muß den Innungen daran liegen, die Standeshere wieder wahrzurufen, hoch zu halten und vor Allem die ganz verfahrenere Lehrlingsfrage zu regeln, (Beifall), was das allerwichtigste ist. Aber am allerbedeutendsten sind die Innungen für die Gewerbe, welche am meisten unter der Herrschaft der Maschinen zu leiden haben, die Gewerbe der Schuhmacher und Schneider. Eben bei diesen ist das Zusammenkittigen zu organisirten Verbänden am aller-nothwendigsten zum Zweck eines

leichteren und billigeren Einkaufes von Rohmaterialien, durch Errichtung von Verkaufslagern etc., kurz um Alles das durchzuführen, was der Einzelne nicht durchzuführen vermag. (Beifall.) Was thut denn das Kapital anderes? es vereinigt sich zu Aktiengesellschaften, die ja nichts anderes sind als Vereinigungen von Einzelnen, die aus dem Boden wie Pilze hervorsprossen; bald werden auch noch die Wahlagitationen auf Aktien betrieben werden. (Weiterkeit.) Bei diesen Aktiengesellschaften, sagt man, hier ist Leben, hier ist gesunde Lust, eine herrliche Blüthe des Geschäfts, aber wenn sich 30 bis 40 Handwerker zusammenschließen, dann heißt es, das sei der dunkelste, mittelalterliche Topf, den man je gesehen. Ja wenn ich all' die schönen Wirkungen der Innungen nennen möchte, dünnte ich lange nicht fertig werden. Ich will als Beispiel nur das eine anführen, daß die Bäckereinnung in Köln ansehend an eine Fachschule eine Fortbildungsschule eingerichtet hat, an welcher sämtliche Bäckergeräten und Lehrlinge Theil nehmen. Ja, ist das nicht eine schöne Aufgabe? (Beifall.) Da ist weiter die Fleischerinnung, die stärkste, in Frankfurt, welche eine Aufforderung, eine Warnung an alle Eltern und Vormünder erlassen hat, ja darauf zu achten, daß die Lehrlinge, welche ihre volle Lehrlingszeit bei Nicht-Innungsmeißtern durchgemacht haben, großen Widerstand bei ihrem Fortkommen finden, wenn sie nämlich nicht den Lehrlingsbrief der Innung haben und auf ihrer Wanderschaft den anderen Innungen vorzeigen können. Ich bin ferner überzeugt, wenn wir die Innungen schon vor Jahren gehabt hätten, wir die Bagabondage nicht haben würden.

Ich will nur noch auf die Zwangsinnungen hinweisen. In Süddeutschland haben wir von den freien Innungen noch keinen Gebrauch gemacht, deshalb kann man bei uns vorerst von Zwangsinnungen noch nicht reden. Uebrigens hat der Handwerkerstag in Köln zum Beschlusse erhoben: wenn nur die Innungen ordentlich mit Rechten ausgestattet werden, so daß der Eintritt auch begehrenswert ist, dann können auch die Zwangsinnungen ganz gut entbehrt werden. (Beifall.)

Man verlangt auch von Seiten der Handwerker den sogen. Befähigungsnachweis. Auch dieser wird von den Gegnern als etwas ungeheuer Schändliches angeführt und als mittelalterlicher Zustand hingestellt. Ich verweise hierbei bloß auf die Katastrophen, welche in den letzten 3 Monaten in Köln, Karlsruhe und Hamburg sich bei den Häuser einstürzen ereignet haben. Ich behaupte, wenn hier der Befähigungsnachweis schon bestanden hätte, wenn die betreffenden Bauhandwerker den Nachweis erbracht hätten, daß sie das Bauhandwerk wirklich erlernt haben, so wären jene Unglücksfälle nicht eingetreten. (Beifall.) Es ist also die höchste Zeit, daß der Befähigungsnachweis endlich verlangt werde.

Doch um auf die Arbeiter auf die sozialpolitische Frage überzugehen, so sollte man meinen, der Arbeiter sei, wenn man das Flugblatt der sozialdemokratischen Partei in unserm Wahlkreise liest, wirklich das Stiefkind der Nation, preisgegeben der Vernachlässigung und Verdrückung. Nun wollen wir uns aber bloß an Thatsachen halten und ich will Ihnen darthun, daß etwas für unsere Arbeiter geschehen ist, etwas ganz Erklöckliches; ich will Ihnen darthun, daß schon seit einer Reihe von Jahren, ja ich behaupte von dem ersten Reichstage an und zu einer Zeit, wo man den Namen „Sozialdemokratie“ noch gar nicht gekannt hat, ein Mitglied der Centrumpartei Anträge gestellt hat. Jahr für Jahr gestellt werden. (Beifall.) Unter dem, was wir gethan haben, ist das Krankenkassengesetz, die Unfallversicherung. Wir stehen hierbei auf dem Standpunkte, daß man die Pflicht hat, nach einem Schutz der Menschwürde des Arbeiters zu suchen und diesem einen Schutz gegen Ausnützung und Ausbeutung zu gewähren. (Beifall.) Glücklich Weise ist es ja bei uns nicht so arg wie in allen anderen Staaten; aber man braucht bei uns nicht abzuwarten; die Thatsache ist bekannt, daß es Arbeiter gibt, welche den Grundsatz: Leben und leben lassen, den Grundsatz der christlichen Nächstenliebe nicht beachten; darum ist es vor Allem nöthig, daß die Sonntagsruhe gesetzlich eingeführt werde, denn diese halte ich für die Krone der Arbeiterschutzgesetzgebung. Da sagt nun auch der Herr Commerzienrath Dissens, das sehe ich so leicht an, sei aber sehr schwer auszuführen, weil die Einführung der Sonntagsarbeit einen großen Ausfall an Arbeitsstunden für viele Industrien bedingen würde. Ich aber sage, alle Industrien, welche einen derartigen Ausfall nicht ertragen können, sind überhaupt der Existenz nicht werth. (Beifall.) Es ist vielmehr durchaus notwendig, daß der Arbeiter einen Tag in der Woche habe, den er nicht bloß zur Erholung und zum Vergnügen benutzen soll, sondern an dem er sich auch erinnern soll, daß es noch ein Jenseits gibt, daß er eine göttliche Seele in seinem Busen trägt; es ist nöthig, daß der Arbeiter einen Tag in der Woche hat, an dem er sich erheben, mit seinem Gotte reden, das heißt beten kann. (Beifall.) Wir haben leider unsere Forderung nicht durchgeführt trotz der eifrigen und jahrelangen Bemühungen. Es ist dies gerade einer der Anträge, welche der Herr Graf von Galen, der noch heute im Centrum sitzt und schon in demselben gesessen hat, bevor man an eine Sozialdemokratie gedacht, gestellt und wiederholt gestellt hat, und welche von einem hier anwesenden Fraktionsgenossen Herrn Dr. Lieber auf das Schneidigste verfochten wurde. Daß wir unsere Forderung nicht durchgeführt haben, daran sind die Herrn Nationalliberalen zum Theil auch die Conservativen schuld. Man hat nichts weiter beschlossen als Anstellung einer Enquete über die Nothwendigkeit und Durchführbarkeit der Sonntagsruhe, eine Enquete darüber, ob es nöthig ist, daß man den Sonntag heilige. Ja ich weiß sehr wohl, daß es einzelne Arbeiter gibt, deren Verrichtung an Sonntagen nicht umgangen werden kann, wie z. B. die Heizung der

Hochöfen oder die Reparaturen von Maschinen. Aber es ist für mich einfach ein göttliches Gebot, das bei allen Völkern und Religionen ähnlich vorkommt, daß man einen Tag in der Woche zur Ruhe haben soll und das seinen göttlichen Ursprung nicht verleugnen kann. (Beifall.)

Wenn Sie einigermassen den Untersuchungen, die in Belgien derzeitig angestellt werden, gefolgt sind, so werden Sie das Haarsträubende gelesen haben, daß achtjährige Kinder ihren Eltern in der Arbeit bereits Konkurrenz machen. Bei uns in Deutschland ist es gottlos noch nicht so schlimm, aber auch bei uns muß die Frauen- und Kinderarbeit beschränkt werden, damit der Frau die Möglichkeit nicht benommen werde, ihrem Manne eine angenehme Häuslichkeit zu bilden und die Kinder zu erziehen. (Beifall.)

Ich spreche aber auch vor dem Normalarbeitstag nicht zurück, wenigstens nicht in dem Sinne, daß auch ein Maximalarbeitsstag gesetzlich festgesetzt werden soll.

Ich glaube damit geriat zu haben, daß die Centrumpartei keine den Arbeitern feindliche Partei ist und wenn die sozialdemokratische Partei nicht weitergehende Forderungen hätte, so könnte man allen ihren Forderungen zustimmen; allein ich habe allen Grund anzunehmen, daß das Flugblatt dieser Partei nicht alle Forderungen enthält, welche sie in Wirklichkeit durchzusetzen beabsichtigt ist und wer da behaupten wollte, es seien in der That alle Forderungen der sozialdemokratischen Partei in dem Flugblatte niedergelegt, der kennt eben einfach die Tendenzen dieser Partei nicht und ich glaube auch, daß 80 bis 90 Prozent der Angehörigen dieser Partei die Tendenz nicht kennt und wenn sie sie kennen würden, sie nicht ausüben. (Beifall.) Denn so weit die Tendenzen, wie ich sie geschildert habe, gehen und wie auch das Centrum sie vertreten will, gehen sie in zustand geschafft werden soll, der dem gleichkommt, daß einer Weise über, das Maß des Erreichbaren hinaus, daß sie gegen die menschliche Natur, wie Religion verstoßen; denn die sozialdemokratischen Bestrebungen gehen zwar dahin, daß geheilt werden, aber daß ein Jenseits von dort an, wo der sozialdemokratische Staat bestehen würde, das was von dem Einzelnen erworben wird, nicht mehr ihm als dem Einzelnen gehört, sondern der Gesamtheit, also daß ein schöner himmlischer Zustand, ein allgemeiner Wohlstand geschaffen würde. Das aber wäre ein Zustand, welcher der menschlichen Natur widerstreiten würde, denn wenn dem Einzelnen das, was er durch seiner Hände Arbeit erworben hat, nicht mehr gehört, dann hört der Sporn der Arbeit auf und aus dem Zustand des allgemeinen Wohlbehagens würde ein allgemeines Nichtstun und des Nichtshabens hervorgehen. (Beifall.) Es würde zur Folge haben, daß wir das, was wir bis jetzt mühsam erworben haben, wieder von Neuem aufbauen müßten. Deshalb möchte ich auch den Herren den Rath geben, den Leuten nicht immer von Ausbeutung und Ausnützung vorzureden, sondern nüchtern, fleißig, sparsam zu sein und dann wird, was ja auch unsere Partei will, ein zufriedener Zustand hergestellt werden. (Beifall.)

Aber zur Zufriedenheit gehört auch noch unbedingt etwas Anderes, nämlich die Religion. (Beifall.) Und wenn man auch sagt, es sei eine eigenthümliche Gepflogenheit, etwas Unkorrecies, wenn man die Frage der Religion mit der sozialen Frage zusammenwerfe, so sage ich trotzdem, alle Politik hängt im Grunde mehr oder weniger mit der Religion zusammen und unsere Richtung kann Niemand nur so lange vertreten, als er an ein Jenseits glaubt. Woher rührt es denn, daß alle Angehörigen der sozialdemokratischen Fraktion sich selbst als religionslos, nicht bloß konfessionslos bezeichnen? Es ist dies eine eigenthümliche Erscheinung, es scheint, als ob die Sozialdemokraten damit sagen wollten, daß sich ihr System nur mit dem Ausschluß der Religion vertrage. Da ist aber doch auch wieder ein Zusammenhang zwischen Religion und Politik, wie er auch bei unserer Partei besteht. Aber auch die privateigenthümlichen Verbindlichkeiten in den Begriffen Vermögen und Unvermögen, Reichthum und Armuth, sind nicht bloß wirtschaftliche Begriffe, sondern sind auch in der Religion tief begründet. „Im Schweisse Deines Angesichtes sollst Du Dein Brod essen“; das sind Grundzüge, von denen wir ausgehen und wenn sie von allen Menschen befolgt würden, dann könnte gewiß für alle Arbeiter ein glückliches Dasein begründet werden. (Beifall.)

Da ich nun doch gerade von dem Flugblatte der sozialdemokratischen Partei gesprochen habe, so will ich mit einigen Worten noch der Hochhaltung der Volksrechte gedenken, welche in dem betr. Flugblatt erwähnt werden.

Ich frage hier nun: welches verfassungsmäßig garantierte Volksrecht soll denn preisgegeben werden? Ich antworte: keines. Ich gebe zu, daß das eine oder andere Volksrecht in Gefahr war, allein ich frage: wer hat es hochgehalten? Wer hat die Gefahr abgehalten? Vielleicht die Herren Sozialdemokraten? Nein, das Centrum vielmehr war es, welches allzeit mannbast für Wahrung aller Volksrechte eingetreten ist (Beifall); denn was das Centrum hochhalten will, das wird hochgehalten, und was es fallen lassen will, das fällt. (Beifall.)

Das Sozialistengesetz betreffend, habe ich gegen die Verlängerung gestimmt, weil ich der Ueberzeugung bin, daß dieses Gesetz denjenigen, welche es zu treffen bestimmt ist, nicht nur nicht schadet, sondern nützt. (Beifall.) und weil ferner vielfache willkürliche Anwendungen von demselben stattfinden, wie z. B. die vielen Auflösungen von Wahlversammlungen, welche dem letzten Reichstage Veranlassung gegeben haben, verschiedene Wahlen für ungültig zu erklären.

Ein weiterer Hauptpunkt, der von der sozialdemokratischen Partei hervorgehoben wird, sind die indirekten Steuern b. h. also die Zölle und Steuern auf Verbrauchsgegenstände; da heißt es, diese seien absolut ungerecht. Ich gebe zu, daß die indirekten Steuern nicht gleichmäßig wirken auf den Armen und auf den Reichen, und sage auch, auf notwendige Lebensmittel sollte eine Steuer nicht gelegt werden. Wir haben nun zwar auch die Kornzölle, aber ich habe bis jetzt noch keinen Nachweis erhalten, daß dieselben geeignet sind, das Brod des kleinen Mannes zu vertheuern.

Und wenn auch das Brod wirklich um ein Minimumes vertheuert werden sollte, so muß man hier, wie ich schon betont habe, den Grundsatz gelten lassen: „Leben und leben lassen.“ Es ist aber auch leicht zu sagen, die indirekten Steuern müssen aufgehoben werden, aber dann möchte ich doch auch einen Gegenvorschlag hören, wie der dadurch bedingte Ausfall gedeckt werden soll. Wir wollen gewiß unseren republikanischen Nachbarstaaten, der Schweiz und Frankreich, nicht den Vorwurf machen, daß sie darauf ausgehen, dem armen Manne das Brod zu vertheuern, und doch haben beide, und besonders Frankreich, weit mehr indirekte Steuern als wir. (Beifall.) Und dann haben wir ja auch hier in Mannheim das städtische Oktroi auf Wehl, Fleisch etc. etc. Sind das nicht auch Lebensmittel? Ich bin sehr begierig, wenn der Moment gekommen sein wird, wenn der Herr Stadtrath Dr. Esbach den ersten Schritt machen wird, um das Oktroi zu beseitigen. (Weiterkeit.)

Ich kenne verschiedene Steuern, die wenn sie eingeführt würden, sehr heilsam wären. Wir das Centrum, haben auch den Grundsatz, eine Börsensteuer zu schaffen. Es hat viele Jahre gedauert, die Regierung hat Vorschläge gemacht, alle Geheimräthe Berlins haben sich den Kopf zerbrochen, aber es kam keine Börsensteuer zu Stande. Wir sind mit Initiativanträgen vorgegangen; wir haben eine Commission gebildet und in derselben eine Börsensteuer entworfen. Die anderen Herren haben uns aber nur Prügel in den Weg gelegt. Wir haben eine Arbeit geliefert und der Herr Reichskanzler, brauchte bloß „Ja“ und „Amen“ zu sagen und in der dritten Lesung haben Alle zugestimmt, auch die Nationalliberalen, die sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt hatten.

Die Gegenstände wären noch sehr zahlreich, aber ich will mich jetzt darauf beschränken, mit kurzen Worten das Programm der Centrumpartei zu wiederholen: Die Volksrechte, welche durch die Verfassung garantiert sind, hoch zu halten, alle weiteren Ausgaben zu vermeiden, die Kirche aber frei zu stellen, wie es nach unserer Ueberzeugung nothwendig ist, um den religiösen Sinn unter dem Volke zu heben. Wenn Sie diesen Centrumslandbaten Ihre Stimme geben, so werden Sie in der Lage sein, den gegründeten Beschwerden aller Bevölkerungsklassen in der Hauptsache Rechnung zu tragen. Fördern Sie deshalb auch am 26. d. Mtz. die Sache unserer Partei, indem ich daran die Hoffnung knüpfe, daß die Thätigkeit des Centrums nicht bloß für unsere schöne Pfalz, sondern auch für das ganze deutsche Vaterland segensreich sein möge. (Langanhaltender Beifall.)

Nachdem der Candidat der Centrumpartei damit seine mit andauerndem und rauschendem Beifall aufge-nommene Rede geschlossen hatte, hielt der Vorsitzende der Versammlung den Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Lieber-Camborg vor. Dieses in der Partei selbst hochangesehene Mitglied sei gekommen, um an einem Ehrentage der Partei seinen Freunden zur Seite zu stehen.

Mit lang anhaltenden Rundgebungen empfangen, betrat derselbe nunmehr die Rednerbühne.

Reichstagsabgeordneter Dr. Lieber-Camborg (mit lebhaftem Beifall empfangen): Meine Herren! Zunächst meinen verbindlichsten Dank für den freundlichen und wie ich anerkennen muß, unverdienten Empfang, den Sie mir soeben zu Theil werden ließen. Mich hat hieher geführt der Wunsch zunächst meinem lieben und verehrten Freunde und Fraktionsgenossen, dem Herrn Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Buol, dem Candidaten der Centrumpartei in diesem Wahlkreise einen Beweis meiner Freundschaft und Hochachtung zu geben. Noch weit mehr aber, was mir derselbe gewiss am Wenigsten übel nimmt, war es der lebhafteste Wunsch, einen Beweis der Hochachtung der Centrumpartei in Mannheim und in diesem Wahlkreise dafür zu geben, daß sie sich entschlossen hat, in dem bevorstehenden Wahlkampf, in welchem diejenige Partei, die diesen Wahlkreis Jahre lang als ihre ausschließliche Domäne beherrscht hat, ohne Aufstellung eines Candidaten in's Hintertreffen trat, ihrerseits mit fliegenden Fahnen in die Wahlschlacht einzutreten.

Nun kann mir nach Anhörung der umfassenden Candidatenrede des Herrn von Buol nichts näher liegen, als die Frage aus dem Munde eines Segners: „Wozu der Lärm? Was steht den Herren zu Diensten?“ Was müht sich denn der Centrumslandbater in diesem Wahlkreise so sehr ab — wie wir Alle wissen, daß er schon seit geraumer Zeit es thut — da doch nach übereinstimmender Annahme der Beihilfligen keine oder kaum irgend eine Aussicht vorhanden ist, den von der demokratischen Partei aufgegebenen Wahlkreis für das Centrum zu erobern? Warum? Lassen Sie mich diese Frage einen Augenblick ins Auge fassen; doch ehe ich dies thue, halte ich es für meine Pflicht, umso mehr, da ich, ein Fremder, unter Ihnen stehe, auszusprechen, daß der Centrumpartei Nichts fernere liegt, als mit persönlichen Angeissen und Herabwürdigungen gegen die politischen Gegner vorzugehen, daß ihr Nichts fernere liegt, als mit unbegründeten und überflüssigen Herabwürdigungen feindlicher Parteien ihren Wahl-

Kampf zu machen. Es wird in den Herzen Aller, die der Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse in unserem großen weiten deutschen Vaterlande seit dem Bestande unseres geeinigten deutschen Reiches mit Aufmerksamkeit gefolgt sind, die traurige Wahrnehmung lauter oder leiser sich schon angemeldet haben, daß der Ton unserer öffentlichen Verhandlungen von Jahr zu Jahr herabsinkt, nicht sowohl — und das gereicht dem biederen deutschen Volke zur Ehre — der Ton der öffentlichen Verhandlungen, in denen es selbst handelnd auftritt, sondern auch leider Gottes in den Verhandlungen, in denen die gegenwärtigen Vertreter des deutschen Volkes mit einander zu beraten und zu verhandeln haben. Aber leider hat sich dieses Sinken des guten Tones in den Verhandlungen der Parteien unter einander auch in unsere Wahlversammlungen verirrt; mußten wir doch erst in diesen Tagen aus einer württembergischen Wahlversammlung wieder ein schönes Beispiel eines gentleman-like'schen Benehmens aus nationalliberalem Munde vernehmen. Ich sage „gentleman-like'sches Benehmen“, weil ja nach dem Zeugnisse eines der Wortführer der nationalliberalen Partei, des Professors Dr. Marquardsen in Erlangen gerade diese Partei im deutschen Reichstage nötig ist, weil es ein Bedürfnis sei, daß eine Partei der Gentleman unter uns existiere. (Heiterkeit.) Einer dieser Gentleman hat sich kürzlich zu der schönen Redeblütze verfliegen, daß diejenige Partei, welche am zahlreichsten die Sitze des Reichstages einnehmen, den Reichstag nur „verhünze.“

Es ist, wie ich wiederhole, ein wahres Bedürfnis für das deutsche Volk, daß endlich einmal in dieser Beziehung Einhalt geboten werde. Ich erkenne es an, in der Hitze des Gefechts fällt manches Wort, welches in ruhiger, gemessener Gesellschaftunterhaltung von selbst sich ausschließt; aber diejenigen, welche in das Gefecht eintreten, müssen es thun in der Ueberzeugung, daß auch die Gegner es ehrlich meinen, so lange, bis das Gegenteil handgreiflich und unwiderleglich bewiesen ist, und müssen ihre Gegner in diesem Sinne behandeln. Wenn wir, die Centrumpartei, uns jeder Zeit bereit erklären, diesen Gesichtspunkt festzuhalten, wenn wir stets bereit sind, jeden unserer Parteigenossen zu dekapouiren, der diese Richtschnur verläßt, so können wir dies ganz entschieden auch von den anderen Parteien verlangen. (Beifall.) Und deshalb habe ich mich in dieser Beziehung gegen den Redner der sozialdemokratischen Partei zu wenden, welcher vor wenigen Wochen hier im Saalbau in öffentlicher Versammlung die Thätigkeit der Centrumpartei auf sozialpolitischem Gebiete, insbesondere die Thätigkeit, welche auf die Arbeiterjugendgehegung abzielt, als aus unlauteren Motiven gestossen dargestellt hat. Uns, meine Herren, wird es nie und nimmermehr einfallen, den Führern der Sozialdemokratie, mögen sie in für uns noch so unbegreiflicher Weise handeln, unlautere Motive unterzuschreiben. (Beifall.) Wir sind überzeugt, daß diese Männer es mit der Sache, für welche sie streiten und, wie sie es ja auch bewiesen haben, zu leiden stets bereit sind, ehrlich und aufrichtig meinen. Aber wir verlangen von ihnen und ihrer Partei dieselbe Achtung, daß sie unsere Thätigkeit nicht verdächtigen und verläumdern. (Beifall.)

Nachdem ich dies vorausgeschickt, sage ich: Die Centrumpartei tritt in diesen Wahlkampf ein in dem Bewußtsein, daß sie, wie unser Herr Candidat in seiner Rede bereits betont hat, nach allen Seiten hinlänglich darüber klar ist, daß sie eine in ihrem Programm und in ihren Zielen durchaus geschlossene, selbstständig marschierende Partei ist! (Beifall.)

In dem Flugblatte, welches die sozialdemokratische Partei dieses Wahlkreises verbreitet, ist, wie auch Herr von Buol bereits angeführt hat, die Behauptung aufgestellt, daß die Centrumpartei im Wesentlichen eine religiöse, kirchliche Partei sei. Diese Behauptung wird nicht nur von der sozialdemokratischen Partei und deren Flugblättern, sondern auch von den offiziösesten der offiziösen Zeitner und allen anderen Revidenzorganen verbreitet, und wir sehen in dieser Beziehung unsere Gegner von der Sozialdemokratie Arm in Arm und Hand in Hand mit dem Herrn Geheimrath Pindter und Genossen gegen uns opponiren. (Heiterkeit.) Das Centrum aber, sage ich, ist nicht einmal vorwiegend eine religiöse Partei, es sei denn in dem Sinne, in welchem schon mein verehrter Freund und Vordredner die Stellung unserer Partei zu den religiösen Fragen bezeichnet hat und in welchem auch die Sozialdemokratie nicht wird ableugnen können, daß mehr oder weniger jede Partei eine religiöse oder, natürlich, antireligiöse Partei sei. Ich will mich hierbei nicht auf Autoritäten meiner eigenen Richtung berufen, wohl aber auf eine Autorität, welche die Verfasser des schon mehrfach erwähnten sozialdemokratischen Flugblattes zweifellos anerkennen werden, nämlich auf die Autorität des französischen Sozialisten Prudhon, von dem ja die Sozialdemokratie 75% ihrer Parteimitgliedschaft entlehnt hat. (Sehr richtig!) Dieser Prudhon ist es, der klipp und klar sagt, jeder Frage, auch der entlegensten politischen Frage, liegt im tiefsten Grunde die religiöse Frage zu Grunde. (Beifall.) Aber darüber hinaus hat die Centrumpartei den Namen einer religiösen, kirchlichen Partei doch nur darum bekommen, weil es für die Rechte und Freiheiten der Gewissen einzutreten verfassungsmäßig berechtigt und verpflichtet zunächst in die Lage gekommen ist, dem Gange der Gesetzgebung folgend, diese Freiheit der Gewissen für die katholischen Reichs- und Landesangehörigen zu verteidigen zu müssen, weil sie von Andern angegriffen waren. Darum hat sich allerdings das kath. deutsche Volk in Misse erhoben u. das Centrum so stark u. zahlreich, so ausdauernd u. unerschütterlich in den Reichstag und namentlich in Preußen auch in den Landtag geschickt, weil seine Gewissensinteressen in erster Linie und fast ausschließlich angegriffen und geschädigt worden sind. (Beifall.) Es

gereicht mir zu besonderer Befriedigung, dieses hier öffentlich auszusprechen, wie es anderwärts unsererseits oft genug schon geschehen ist. Die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche verteidigen in erster Linie nicht wir, die Centrumpartei; dafür sind nach der Verfassung dieser Kirche ganz andere Organe berufen und, wie die Geschichte beweist, hinlänglich befähigt; diese bedürfen wahrlich unserer Unterstützung nicht. Was wir verteidigen, sind politische Rechte, politische Rechte der deutschen Reichs- und einzelnen Landesangehörigen in Bezug auf die Freiheiten ihres Gewissens, und dies insbesondere in Preußen, wo ja die Wiege der deutschen Centrumpartei und auch des neu geeinigten Deutschlands steht, und wo dem Wortlaut der Verfassung entsprechend unsere Partei es sich zur ganz besonderen Aufgabe gemacht hat, die Freiheit der Gewissen, die Rechte der religiösen Ueberzeugung und Uebung auf politischem Gebiete zu verteidigen. Und wir haben dies niemals gethan ausschließlich in unserem eigenen Interesse, sondern in dem Interesse aller Derjenigen, die bedroht waren, nicht bloß der katholischen Christen Deutschlands, sondern der Christen sämtlicher Confessionen, wie auch der Juden; wir sind stets dafür eingetreten, daß die Angehörigen sämtlicher Confessionen in Deutschland wie in den einzelnen Staaten allgemein anerkannt, öffentliche religiöse Uebung genießen. (Beifall.)

Da ich nun bei der Beleuchtung dieser Seite des Charakters der Centrumpartei bin, so kann ich der Versuchung nicht widerstehen, auch mit einigen Worten die Rede des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Bärlein von Neustadt, welche derselbe vor 14 Tagen in der nationalliberalen Wählerversammlung im Saalbau gehalten hat, zu streifen. Der geehrte Herr College hat sich den harmlosen Scherz erlaubt, zu behaupten, daß Centrum sei gar keine katholische Partei, sondern die ultramontane Partei, und diese, wie der Ultramontanismus überhaupt, besitze gerade keine erbittertesten Gegner unter der katholischen Bevölkerung Deutschlands. Ich weiß nun nicht, ob mein verehrter Herr College schon einmal mit der Diogeneslaterne im Deutschen Reiche herumgepilgert ist, um die Feinde des Ultramontanismus unter den deutschen Katholiken zu suchen. (Heiterkeit.) Ich glaube, er würde hieselbe noch keine 1000 Wahlstimmen aufzutreiben vermögen. (Beifall.) Also mit diesem zienlich abgelagerten Ladenhüter (Heiterkeit) ehemaliger Kämpfer gegen die Centrumpartei ist es rein gar nichts.

Ich sage also, das Centrum ist nicht in erster Reihe und ist nicht wesentlich eine kirchliche, religiöse Partei; das Centrum ist und bleibt und muß bleiben, nach unserer Verfassung eine politische Partei, mag auch das sozialdemokratische Flugblatt behaupten, es sei ein ungeheurer Nischmatsch der verschiedensten Tendenzen, die durch religiöse Ziele zusammengehalten würden. Ja, wenn wir eine Partei von gestern wären; wir sind aber doch schon etliche Legislaturperioden alt (Heiterkeit); wir haben die Feuerprobe der heftigsten und erbittertesten Wahlkämpfe bestanden und noch jeder Wahlkampf hat, wenn auch nicht eine Zunahme, so doch die Behauptung des vorigen Standes gebracht, Beweis genug, daß ein mächtiger und ein durchaus klarer politischer Gedanke unsere Wähler wie auch unsere Reichs- und Landtagsabgeordneten beherrscht. (Beifall.) Und was ist das für ein Gedanke? Ich werde sogleich hierauf kommen, wenn ich noch mit einem Worte sage, das Centrum ist — und muß es sein — auf dem Boden der Reichsverfassung eine wirtschaftliche und soziale Partei, und insbesondere ist es das Centrum des Reichstags, denn die wirtschaftlichen, sozialen Fragen sind es, die vorwiegend im Reichstage zur Erledigung kommen und kommen müssen, wenn es auf die Dauer wohl um das Deutsche Reich und das deutsche Volk in ihm bestellt sein soll. Wenn ich dies nun behaupte, so ist der politische Gedanke, welcher die Centrumpartei befeuert, der, daß alle Interessen, die Interessen der Gewissen, wie die Interessen des Wagens und des Gelbdeutels, die irdischen wie die überirdischen, daß, sage ich, alle gesammten menschlichen und reichsbürgerlichen Interessen Dank der Verfassung, die wir besitzen, nicht allein von einer regierenden Hand, nicht allein von den verbündeten Regierungen in ihrer Gesamtheit, sondern nur von Ihnen selbst und dem gesammten deutschen Volke wahrgenommen werden können und sollen. Ohne die Wahrnehmung dieser politischen Interessen gibt es keine Wahrnehmung unserer höchsten wirtschaftlichen und sozialen Interessen durch uns; denn in dem Augenblicke, wo das deutsche Volk so weit reduziert sein wird, seine politischen Rechte, die in der Verfassung niedergelegt sind, gering zu achten und preiszugeben, in diesem Augenblicke wäre die ganze Mitwirkung des ganzen deutschen Volkes null und nichtig, und da wir sehen, wie sich die Angriffe gegen die Einrichtungen des Reichstags von oben leider wie von unten häufen, des darun halten wir unerschütterlich fest an der politischen Ueberzeugung und Bethätigung, daß wir selbstbewußte, unabhängige Männer in den Reichstag zu schicken haben, zahlreich genug, um die Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes, wie sie in der Verfassung niedergegeschrieben sind, hoch zu halten und wahrzunehmen. (Großer Beifall.) Darum rufen wir allenthalben in den Wahlkreisen auf zur Wahl, auch in denjenigen, in denen wir zunächst keine Aussicht auf Eroberung eines Mandates haben; denn wir wissen, daß jede einzelne Wahlstimme gezählt wird, daß es Bestreben einer jeden einzelnen Partei in Deutschland ist, alle Wahlstimmen am Tage der Wahl auf die Bahn zu bringen. Ja wenn wir uns durch das trotzigste Wort: „Sie imponiren mir nicht, ganz Europa hat mir nicht imponirt, ich werde mir auch von Ihnen nicht imponiren lassen“ abschrecken lassen würden; aber dem rufe ich entgegen: „wenn ganz Europa nicht im Stande war, zu imponiren, so war doch K s i e n dabei, zu imponiren.“ Diesem

stolzen Wort: „Sie imponiren mir nicht“, ruft die Centrumpartei alle ihre Wannen auf in die Bahn, um dem Mann, der das Wort gesprochen, an dem Tage, an dem Wahlstage zu antworten: „Auch Du vermagst uns da nicht zu imponiren, wo wir auf dem Boden des verfassungsmäßigen Rechtes stehen.“ (Ausschreiender Beifall.)

Und hören wir nicht ganz ähnliche Angriffe von unten? Haben wir nicht schon vielmals gehört und gelesen, daß die ganze Verfassung, der ganze Parlamentarismus keine blaue Bohne werth ist, daß man damit aufräumen muß, wenn man zu den letzten Zielen jener Partei, der sozialdemokratischen Partei, vordringen will. Ich weiß nun nicht, was mir lieber wäre; es wäre mir keinerlei Despotismus erwünscht, aber soviel weiß ich, daß mir der Despotismus des Herrn Reichskanzlers mit dem mächtigen Kürassierspeer lieber wäre, als der Despotismus eines Bebel mit seiner Proklama über die Frauenfrage. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Es ist ja unendlich schwer — und ich will das hier einschleiben — mit den Herren von der sozialdemokratischen Partei eine gründliche, sachliche Abrechnung zu halten. Es ist dies deshalb schwer und so lange schwer, als das Ausnahmegesetz auf dieser Partei haftet und so lange es ihr unmöglich gemacht wird, ihr Programm voll und ganz zu entwickeln. (Beifall.) Ich habe in meiner engeren Heimath in langjährigen Wahlkämpfen — denn ich sitze seit dem Jahre 1871 im deutschen Reichstage (Beifall) — reichlich Gelegenheit gehabt, mit Vertretern der sozialdemokratischen Partei auf Centrums-Wahlversammlungen Meinungsaustausch zu halten. Dort, bei mir zu Hause, wird keine Centrums-Wahlversammlung abgehalten, (wenigstens keine, an der ich nicht Theil nähme,) wo nicht freie Theilnehmer auch der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zugelassen wird, unter der einen Voraussetzung, daß sie es nicht zur Auflösung unserer Versammlungen treiben, und nie habe ich mich da aufrichtigen Bedauerns erwehren können, daß es mir nicht vergönnt war, blank zu ziehen mit der ganzen Länge meines Degens, weil ich mich meinem Gegner, der nur mit einem kurzen Dolche bewaffnet ist, mich gegenüber sah. Ja, einem politischen Gegner gegenüber, der nicht sein ganzes Programm verteidigen kann, halte ich es für unritterlich, für unedel, von allen den Waffen Gebrauch zu machen, die mir zu Gebote stehen, und die den Gegner, wollte er sie wieder benützen, nur der Gefahr aussetzen würden, dem Gesetze anheimzufallen. (Beifall.) Deshalb ist es in einem Wahlkampfe unendlich schwer, mit der sozialdemokratischen Partei gründlich abzurechnen, trotzdem in ihr, wie in uns das feste Bewußtsein lebt, daß, wenn alle gegenwärtigen Parteien in Deutschland verschwunden sein werden, als letzte und erbitterteste Gegner sich einander gegenüberstehen werden die Parteien des Centrums und der Sozialdemokratie. (Beifall.)

Ich komme nun darauf zurück: Das Centrum ist eine politische Partei und verteidigt die gesammten Interessen des gesammten deutschen Volks nach bestem Wissen und Gewissen, in erster Linie damit, daß es bis auf das letzte Tüpfelchen die politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes festhält. (Beifall.)

Da ist nun von manchen Seiten der Centrumpartei der Vorwurf gemacht worden, sie verteidige diese politischen Rechte und Freiheiten nur so lange und so weit, als sie damit für ihre eigenen Interessen Geschäfte machen zu können glaube. In dem Augenblicke aber, wo sie glaube, mit der Preisgebung politischer Rechte einen Handel in ihrem eigenen Interesse abschließen zu können, sei sie auch bereit, die politischen Rechte für ein Vinsengericht preiszugeben. Ich könnte diesem Vorwurf gegenüber einfach fragen, ob vielleicht derjenige, welcher ihn erhebt, das Centrum darum hinter dem Ofen sucht, weil er selbst dahinter gefessen ist; (Heiterkeit und Beifall) ich will das aber nicht thun, weil ich gerne überzeugt bin und bis auf das äußerste Maß überzeugt bin von der ehrlichen Meinung meines Gegners. Ich nehme also an, die Herren, die jenen Vorwurf gegen unsere Partei erheben, halten uns wirklich für fähig, einen derartigen Handel abzuschließen und da begegnen mir wenn ich meinen Blick so rückwärts schweifen lasse, wiederum die sozialdemokratische Partei, die da behauptet, das Centrum habe das Sozialistengesetz künstlich aufrecht, um damit ihre eigenen Geschäfte besser zu sorgen und Zugeständnisse des Reichskanzlers auf einem andern Gebiete einheimen zu können. Nun lege ich aus meinem besten Wissen und bestem Gewissen Zeugnis dafür ab, daß, wenn heute ein Sozialistengesetz neu zu erlassen wäre, ebensowenig eine einzige Centrumsstimme dafür zu haben wäre, wie damals, als es zum ersten Male erlassen wurde. Diejenigen Mitglieder unserer Partei aber, die zu meinem Bedauern, aber nach hartem innerem Kampfe und nach redlicher, reiflicher Abwägung der Verhältnisse, für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt haben, thaten dies nur deshalb, weil sie wünschten, wie ja das durch die betreffenden Anträge hinlänglich erwiesen ist, aus dem Zustande dieses Ausnahmegesetzes durch ein Uebergangsstadium herauszukommen und weil sie Bedenken trugen, ohne dieses Uebergangsstadium das Gesetz plötzlich aufzuheben. Da ist von einem Commando, wie behauptet wurde, von so und so viel Stimmen keine Rede.

Es wird erlaubt sein, den Schleier von den Friedensverhandlungen zu lüften, wenn ich bezeuge, daß wir, ich und meine Fraktionsgenossen an den Verhandlungen über dieses Gesetz hart und lange mit einander discutirt und uns schließlich dahin verständigt haben, einen Jeden pflichtgemäß, nach seiner eigenen Ueberzeugung und bestem Gewissen stimmen zu lassen, wie wir denn überhaupt in unserer Partei das nicht haben, was man Partei- oder Abstimmungszwang nennt. Es gibt Parteien: die sozialdemokratische, die Polen, zum

Theil auch die freisinnige Partei, welche einen Partei-Abstimmungszwang haben. Wir unsererseits haben keine programmmäßige Verpflichtung; unsere Partei kann kein einziges Mitglied zwingen, gegen seine Ueberzeugung mit allen anderen Fraktionsmitgliedern zu stimmen. Ich stehe als lebendiges Zeugnis vor Ihnen; oft genug habe ich mich ganz allein gegen eine Regierungsvorlage erklärt, für welche meine sämtlichen Fraktionsgenossen gestimmt haben. Und doch wurde mir nie deshalb von meiner Partei ein Vorwurf gemacht, ich wurde vielmehr darob noch höher geachtet und habe die Ehre, dem Vorsitzenden unserer Fraktion anzugehören. Durch die Vorschritt, wie sie in der Verfassung niedergelegt ist, daß jeder Abgeordnete nach seiner Ueberzeugung stimmt, ist ja übrigens kein Vertreter des deutschen Volkes an eine Instruktion, an einen Auftrag gebunden. Aber wir sind dazu, nach unserer eigenen Ueberzeugung zu stimmen, auch gehalten durch unser religiöses Gewissen. Wie können wir einen Mann binden wollen, die Rechte und Interessen des deutschen Volkes nicht nach seiner besten Ueberzeugung, nach seinem besten Wissen und Gewissen, sondern nach dem Majoritätsbeschluß einer zufällig anwesenden Anzahl von Fraktionsgenossen wahrzunehmen? Ich sage, dieser wesentliche und der Centrumspartei eigenthümliche Charakter erklärt unendlich viel und muß eine ganze Menge von Vorgängen im deutschen Reichstage erklären, wenn man noch an die Ehrlichkeit deutscher Männer glaubt; er muß ferner erklären, wie es kommt, daß ein Theil der Centrumspartei gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen konnte, während der andere Theil Bedenken trug, das selbe Knall und Fall aufzuheben. (Beifall.)

Ich habe kürzlich in der „Norddeutschen Staatsgemeine“ (Redner verspricht sich — stürmische Heiterkeit), pardon, wollte sagen, „Norddeutschen Allgemeinen“ gelesen, daß 32 Centrums-Wahlmänner im Kreise Hünfeld-Gersfeld deutsche Männer waren, und daß diese endlich den Anfang gemacht hätten, denjenigen Volet zu sagen, die zwar juristisch die Eigenschaft deutscher Reichsangehöriger besäßen, moralisch aber Reichsfeinde, ja sogar — Sie erinnern sich vielleicht, es war von dem Fürsten Alexander von Bulgarien die Rede — Hoch- und Landesverräther wären. Nach dieser Definition der „Norddeutschen“ Oberoffiziersen ist also ein deutscher Mann nur derjenige, welcher für den Landrath stimmt (Heiterkeit) und nicht nur das, sondern der, welcher für den Landrath stimmt unter Feindschaft gegen seine Partei und diejenigen, welche ihn zum Wahlmann gemacht haben. (Heiterkeit und Beifall.) Ja, für solche deutsche Männer danke ich, und nicht bloß die Centrumspartei, sondern die überwältigende Mehrheit auch der anderen Parteien, vielleicht mit Ausnahme der — Nationalliberalen. (Heiterkeit und Beifall.)

Wir unsererseits haben für solche Angriffe, wie schon Herr von Buol sagte, nur ein kräftiges, ächt deutsches „Psst“. Dagegen vertheidigen wir uns nicht und am allerwenigsten, wenn ein bei uns das Gastrecht genießender Oesterreicher und erdgesehener Rheinländer uns beschreien will, ob wir Deutsche sind oder nicht. (Beifall.)

Also steht es um den politischen Charakter unserer Centrumspartei und da will ich auf dem ziemlich abgemähten Felde Aehren lesend, meinem verehrten Herrn Vorredner folgen und nur noch eine Frage praktischer Politik einen Augenblick berühren. Der Herr Freiherr von Buol — ja ich sage da, der Herr „Freiherr“, da fällt mir auch was ein, was ich mit einigen Worten erkläre muß. Da fragt man: Warum denn so viele Abelige in der Centrumspartei? Ja, das mag ja bei anderen Leuten anders sein; in unserer Partei haben wir seit dem Bestande des Centrums zunehmend adelige Wahlkandidaten mit voller Begeisterung für die bedrohten Rechte des Volkes eintreten gesehen und wir müssen doch zugeben, daß, wenn von so und so viel 1000 Wählern eines Wahlkreises dem betreffenden Candidaten, nachdem er sein Programm entwickelt hat, die Stimmen gegeben werden, der Mann ja als Volksvertreter hinlänglich „geacht“ wäre. Ich will aber noch etwas weiter gehen. Wir rechnen es dem Adel der Centrumspartei zur ganz besonderen Ehre und Verdienste an, daß er gerade in diesem Augenblicke auf der Wahlstatt erschienen, in welchem es galt, die bedrohten Interessen und Rechte des deutschen Volkes darum wahrzunehmen, weil leider Gottes die Diätenlosigkeit so viele Kinder des Volkes verhindert, dies selbst zu thun (Beifall), und wenn Sie einmal nach Berlin und in unsere Centrumskreise kommen, so sehen Sie da die Magnaten aus Schlesien und Westphalen, die nicht bloß, um ein Mandat zu haben, um Ehren und Würden einzuhelfen, nach Berlin gekommen sind, nein, die Schaden davon gehabt haben, die von den Hoffreien ausgeschlossen wurden, die von den eigensten angebornsten Gesellschaftskreisen deshalb als Parasiten sich behandeln lassen mußten. Ich glaube, daß diese Männer den Beweis geliefert haben, daß sie im Stande sind, mit dem Volke zu streuen und zu leiden. (Beifall.)

Nun also, der Herr Freiherr von Buol hat schon vorherhin darauf hingewiesen, daß wir unsererseits in unserem Programm ganz klar und bestimmt die Forderung haben: keine Vermehrung der öffentlichen Lasten, keine neuen Steuern, es sei denn zur Erleichterung ungerecht drückender, bestehender Steuern, und das ist denn, wenn wir uns die Sache beim Lichte betrachten, das eigentliche und wesentlichste politische Recht, welches das deutsche Volk in seiner Reichsversammlung besitzt. Der Knopf auf dembeutel, das ist das „Schlüssel“, mit dem sich Manches in Berlin erreichen läßt, und immer dringender tritt die Mahnung an die Mächtigen des Reiches heran, Einhalt zu thun mit der Ueberbürdung der Regierten. (Bravo.)

Wenn wir sehen, daß, abgesehen von den einzelnen Landesbudgets, das Reichsbudget heute, nach 18 ährigem Bestande des Deutschen Reiches bereits auf 750 Millionen Mark angekommen ist, wenn wir sehen, daß, wenn der nunmehr zu verabschiedende Reichshaushaltsetat pro 1887/88 wieder realisiert sein wird, die Reichsschulden nach kaum 16jährigem Bestande von 15 Millionen auf 500 Millionen Mark angewachsen sind, wofür das deutsche Volk jährlich 23 Millionen an Zinsen aufzubringen hat. Wenn wir sehen, wie trotz aller schönen Handelskammern- und sonstiger Berichte über den Nationalwohlstand die Verarmung, der Pauperismus uns sich greift, die Noth und das Elend des täglichen Lebens an immer breitere Massen des Volkes herantreten, dann sollte man meinen, müßte in Berlin und allerwärts die ernsteste Mahnung vorfinden, parlam zu sein mit den Mitteln des Volkes und das in der bisherigen Thätigkeit dargelegte Bestreben der Centrumspartei anerkennen. (Beifall.)

Da tritt in dem schönen Bild der berühmten Mittelpartei — neuerdings bekommt die Sache einen etwas anderen Namen — ein Caricell uns entgegen, welches, unter allen sogenannten „reichstreuen Parteien“ geschlossen werden soll. Da wird hauptsächlich für die Bedürfnisse der Armenverwaltung und des Warinewesens eine unbegrenzte Bewilligungslimit an den Tag gelegt, und es werden alle diejenigen, welche nicht mitthun wollen, beschuldigt, der Reichsfeindschaft, und wie die Namen alle heißen mögen, die ja heutzutage jedes Kind kennt, so daß man sich schließlich nicht mehr wundern darf, wenn die Kinder es auf der Straße Einem zurufen: „Die Reichsfeinde.“ (Heiterkeit.)

Es wird gesagt: Ihr wollt die Wehrkraft des deutschen Reiches schwächen; es wird namentlich in den Grenzreisen der schönen Rheinprovinz, der Pfalz und in Baden grolgt: Um Gottes Willen, wofür denn die Zuaven haben? Ja, wir in Rastau wohnen doch auch nicht weit vom Rhein, und wollen die Zuaven auch nicht haben (Heiterkeit). Aber wir sagen: Wenn das die Staatskunst ist, daß wir nur mit einer unendlichen Vertheuerung unseres Heer- und Seevertheidigungswesens uns diese Feinde vom Nacken zu halten vermögen, dann weiß ich nicht warum. Es ist kein Mensch in unserem großen, weiten, deutschen Vaterland, der die Zuaven herbeiwünscht, weder unter den Socialdemokraten, noch den Freisinnigen, noch den anderen Parteien (Beifall). Die Zuaven müssen uns vom Leibe gehalten werden und die Kosaken noch vielmehr. (Heiterkeit.) Aber wo bleibt, wiederhole ich, die ganze Staatskunst, wenn wir schließlich uns selber helfen müssen?

Es ist selbstverständlich, daß wir nicht zurückbleiben können in der Bewaffnung unserer Armee, so lange unsere Nachbarn bis an die Zähne bewaffnet und gegenüberstehen. Es ist selbstverständlich, daß auch wir unsere Armee stets kriegerig, kampfbereit und in einer der Vertheidigung unseres Reiches entsprechenden Anzahl erhalten müssen. Darüber verliert kein deutscher Mann ein Wort. (Beifall); aber es gibt eine ganze Menge von Ausgaben, die fähig ganz entschieden bei dem Militärbudget gespart werden könnten. Da müssen wir zum Beispiel Offizierskasinos bauen. Ja, sind denn diese auch nöthig, um die Zuaven und Kosaken uns vom Leibe zu halten. (Heiterkeit). Da ist ferner die dreijährige Militärpflicht. Der leider verstorbenen Centrumsmann, Reichstagsabgeordnete Wallkrodt hat seinerzeit in einer, nach meiner Ueberzeugung unwiderleglichen, glänzenden Rede nachgewiesen, daß diese bei gar nicht nöthig sei. Warum dakt man denn so fest an der dreijährigen Dienstzeit? Ist es absolut nothwendig, einen Prozent der Bevölkerung unter die Waffen zu rufen, sie 3 Jahre lang oder nächst 3 Jahre unter den Waffen zu halten? — dieselben Fragen lassen sich noch eine ganze Reihe bei dem Militärbudget aufstellen. Und unsere Marine? Ja betrachten Sie die neuerdings gemachten neuen Ausgaben für das Torpedowesen, die aller Wahrscheinlichkeit geraden in das Wasser geworfen sind und lange nicht das erfüllen, was man sich von ihnen versprochen hat. So gibt es eine große Zahl solche Dinge, so daß man sich sagen muß, es besteht ganz neben einander der einmüthige Wunsch, das Heer und die Marine in vertheidigungsfähigem Zustande zu erhalten und der entschiedene Wunsch der Centrumspartei und der anderen Parteien, Einhalt zu thun in den ungemessenen Anforderungen des Militärbudgets. (Beifall). Vor allen Dingen aber halten wir daran fest, daß wir kein Aeternat, und nicht einmal ein Septenat bewilligen. Von allen anderen Erwägungen, aus denen wir dies nicht thun, will ich nur die eine hervorheben; es ist diejenige: wir wollen nicht über unser Mandat, das wir von unseren Wählern übertragen erhielten, hinausgehen, nicht Rechte üben, die uns nicht zustehen. Das Armeebudget ist ein Theil des Reichsbudgets und dies wird verfassungsmäßig jährlich von einander, und ein Reichstagsabgeordneter, der nicht nur für die Zeit seiner vorausschicklichen, verfassungsmäßigen, regelmäßigen Thätigkeit, sondern noch in die zweite Legislaturperiode sich dieser 1/2 des Reichsbudgets ergibt, geht weit hinaus über sein verfassungsmäßiges Mandat. Aus diesem verfassungsmäßigen Grunde schon wären wir weder für ein Aeternat, noch Septenat. (Beifall.)

Aber eines noch muß gesagt werden. Sollen wir uns denn selbst den Hals abschneiden? Soll denn der deutsche Reichstag das Mißtrauensvotum sich anstellen, daß die Reichstagsabgeordneten diejenige Schulte seien, welche unsere deutschen Provinzen dem Feinde ausliefern wollen? Nein! Wir Alle sind fest überzeugt: mag eine Wahl ausfallen, wie sie will, es wird, wenn es darauf ankommt, immer noch ein deutscher Reichstag zu Stande kommen, wie ferner ungarische Reichstag, in dem die Kaiserin Maria Theresia von Oesterreich, mit ihren Erstgeborenen auf dem Arme

erhigen und von den anwesenden ungarischen Magnaten mit den begeistertsten Zurufen empfangen wurde: moriamur pro rege, sterben wollen wir für unsern König und unser Vaterland. (Beifall.)

Wenn die Bundesregierungen den Reichstag zu seinem schmerzlichsten Bedauern geringer werthen, als es verdient und beanspruchen kann, so ist es Sache des Reichstages selbst, sich selbst hoch zu halten und zu achten.

Ich könnte nunmehr, weiter Aehren lesend, auf das soziale Gebiet übergehen. Allein die Zeit ist schon so weit vorgeschritten und wie ich höre, ist dieser Saal bereits auf sechs Uhr anderweitig vergeben. Ich will deshalb nur noch einem Gedanken Ausdruck verleihen, der mir in der Rede meines verehrten Freundes, Herrn von Buol, nahe getreten ist. Ich bin ihm dank schuldig, daß er meiner Erwähnung gethan hat in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung, die wir seit mehreren Sessionen, leider bis jetzt mit geringem Erfolg, im Reichstage betrieben haben. Ich bin weit entfernt davon, den Mitgliedern anderer Parteien und insbesondere der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf zu machen, daß sie nicht aus eigenem Interesse für das Recht der bedrückten Arbeiter ihrerseits ähnliche Anträge eingebracht habe! Nein! auf diese Weise, mit Verdächtigungen und im Parteistreit auf diesem Gebiete wird etwas Segenreiches nicht zu erringen sein. (Bravo!) Hier kann nur das Zusammenwirken aller Derjenigen, welche es ehrlich meinen, zum Ziele führen (Beifall.) Die Sache ist viel zu heilig, viel zu ernst und vor allen Dingen zu brennend wichtig, um zum Gegenstand partikularistischer Herabwürdigung gemacht zu werden. (Beifall.) Reichen wir uns doch Alle, die es ehrlich meinen, die Hand zu gemeinschaftlichem Handeln, denn sonst fürwahr würden wir auf diesem Gebiete in unserm deutschen Vaterlande nicht zum Ziele gelangen, wenn die Diplomatie nicht Manns genug sein wird, die internationalen Regelung dieser Frage herbeizuführen. Nicht bloß alle diejenigen, die es in Deutschland, in Europa ehrlich meinen, nein alle ehrlich Gesinnten der gesammten civilisirten und in harter Kulturarbeit ringenden Welt müssen zusammenwirken, um hier zum Ziele, den Arbeiterschutz auf internationalem Wege zu regeln, zu gelangen. (Beifall.) Die Arbeit ist international, auch der Arbeiterschutz muß ein internationaler werden, und es gereicht mir zur besonderen Befriedigung, hier in Mannheim ein lautes Echo zu geben jenem ausgezeichneten Sozialpolitiker Grafen de Mun, welcher in Lüttich vor Kurzem den Gedanken ausgesprochen hat: Wenn es Niemand thut, muß es der Papst thun, den internationalen Arbeiterschutz herbeizuführen. (Beifall.) Ja, wollen wir unserem Reichskanzler sagen, wenn der Papst gut genug ist, zwischen Spanien und uns in der Karolineninseln Angelegenheit als Schlichter zu werden, wenn hier das Eis gebrochen ist, wofür, rufen wir Deutsche den Papst auf, daß er Alle vereinige durch ein internationales Arbeiterschutzgesetz. (Beifall.) Ich bin der Meinung, wer es ehrlich meint, geht dann mit dem Papst; wir wollen es und die anderen müssen, trotzdem es der Papst ist. (Heiterkeit und Beifall.)

Doch nun zum Schlusse. Wenn ich den Wahlkampf in diesem Wahlkreise so aus meiner Entfernung verfolgt habe, so habe ich mit besonderem Interesse das Mißgeschick wahrgenommen, daß die Angriffe gegen die Centrumspartei gerade aus dem Schooße der Parteien ziemlich reichlich und heftig erfolgt sind, von denen in Aussicht steht, daß sie in die Stichwahl kommen werden, nämlich der nationalliberalen und der sozialdemokratischen Partei. Und im Anfange habe ich mir gedacht: wie unklug doch von den Leuten; statt sich das Centrum ein bißchen warm zu halten, pauken sie beide auf dasselbe ein. (Heiterkeit.) Ja die Herren kennen eben ihre Leute auch. Sie wissen, daß bei uns bei der Stichwahl nichts zu holen ist; und es ist auch so. Wir ziehen in den Kampf mit unserer Fahne und tragen unsere Fahne wieder mit nach Hause zurück; hinter einer anderen Fahne aber laufen wir nicht drein. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Nachdem Herr Landgerichtsrath Freiherr v. Buol seinen Vortrag beendet hatte, richtete der Vorsitzende an die Versammlung die Frage, ob vielleicht Jemand aus der Mitte derselben irgendwelche Aufklärung von dem Herrn Candidaten zu erbitten habe. Und da dieses wirklich der Fall war, hatte derselbe Gelegenheit, in knapper Form und schlagfertig auf mehrere an ihn gerichtete Interpellationen zu antworten. Der Reichstagsabgeordnete Herr Kanzler Köhler, nahm hierauf Veranlassung, den beiden Rednern für ihre trefflichen und gründlichen Ausführungen Namens der Versammlung zu danken, welche denselben ein donnerndes „Hoch“ darbrachte. Der Vorsitzende, Herr Dr. Fischer-Heidelberg ergriff nunmehr zum Schlusse das Wort, hinweisend auf den Wahrspruch der Centrumspartei, welche für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ kämpfe, erwähnte er die Anwesenden das Banner der Partei hochzuhalten, welche der eigenen Fahne folgend in den Kampf eintrete und dieselbe auch aus dem Kampfe wieder heraustrage, unter keinen Umständen aber und auch nicht in der Stichwahl einer anderen Partei sich anschließen, vielmehr im letzteren Falle sich der Abstimmung enthalten werde. Er schloß mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf den deutschen Kaiser die Versammlung, welche einen musterghiltigen Verlauf genommen hatte. (Stenographischer Bericht.)

Correspondent:  
Dr. Jor. Hermann Haas.  
Berichterstatter:  
Für den redactionellen Theil: E. Frey.  
Für den Anzeigen- und Interimistheil: J. H. Werle.  
Anzeigen- und Verlag der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, förmlich in Mannheim.